

# Auf Bondoc nichts Neues

## Das Bondoc-Projekt und Perspektiven deutscher Entwicklungspolitik

von Hedwig Held

Das Jahresseminar des philippinenbüros vom 4.-9. April in Oberursel fragte sich: Was ist aus dem Bondoc Development Programme (BDP) geworden?

Verschiedene Positionen wurden dargestellt und diskutiert. Ursprünglich als Infrastrukturprojekt mit panzertauglichen Straßen u.ä. geplant, hat das BMZ nach heftigen Protesten von NGOs und der NDF aus den Philippinen und vom philippinenbüro seine Pläne zu einem ländlichem Entwicklungsprogramm mit dem Ziel der Armutsbekämpfung geändert. Dabei hatte das BMZ selber drei Kriterien aufgestellt, an denen der Erfolg des Projektes gemessen werden sollte:

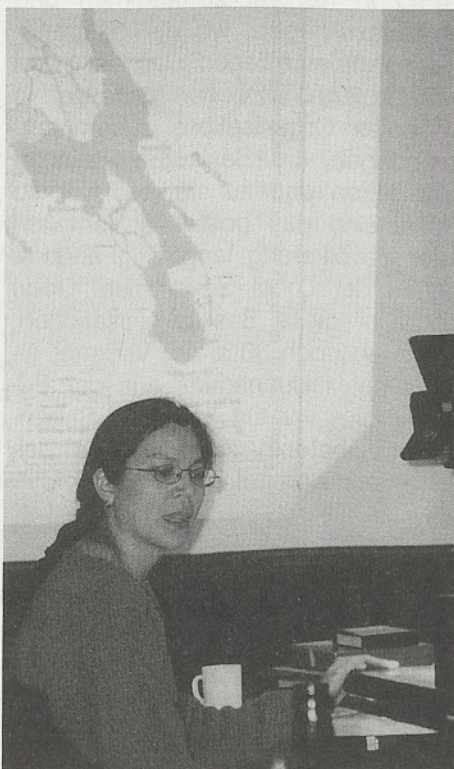
- Die Entmilitarisierung der durch die Aufstandsbekämpfung stark betroffenen Region
- Die Umsetzung der Landreform
- Die Beteiligung von echten Basisorganisationen der Region.

### Realitäten auf Bondoc

Karl Rössel (vom Rheinischen Journalistenbüro) fasste in seinem Beitrag die Ergebnisse seiner Studie über das BDP von 1995 zusammen, mit der er u.a. belegte, dass dieses Projekt der philippinischen Aufstandsbekämpfung zuarbeitete, vor allem durch Fragebogenaktionen in den Dörfern mit inquisitorischen Fragen nach Bewegungen von NPA-Kämpfern. Er konnte dieses Jahr in den Philippinen nochmals mit verschiedenen Basisgruppen aus Southern Tagalog sprechen. Einige dieser

Hedwig Held ist Gymnasiallehrerin und war lange Jahre Vorstandsmitglied des philippinenbüros.

Gruppen arbeiteten ursprünglich mit dem BDP zusammen, haben aber alle aus Protest das Programm verlassen. Sie fordern den sofortigen Stopp des Programms, da keines der drei o.g. Kriterien erfüllt



Jenny Franco

worden ist. Die militärische Präsenz — so diese Gruppen — ist unübersehbar und höher als 1995, die Landreform ist durch den Widerstand der lokalen Landlords kaum vorangekommen, die NGOs vor Ort haben alle ihr Zusammenarbeit aufgekündigt und den Platz für NGOs aus Manila freigemacht. Auch die Zahl der Menschenrechtsverletzungen ist nach wie vor hoch.

### Landreform nicht umgesetzt

Jun Borrás (Peace Foundation) und Jenny Franco (IPD-Democracy Watch) sehen gewisse positive Entwicklungen auf der Bondoc-Halbinsel. [Die Peace Foundation ist seit 1996 Partner des BDP, soweit es die Landreform betrifft.]

Jun Borrás stellte den Zusammenhang zwischen Dezentralisierung und Agrarreform dar. Durch die Dezentralisierung, in den Philippinen angestrebt durch den Local Government Code, geht mehr Macht an die lokalen Landlords über. Die sind allerdings nicht an Landreformen interessiert. Doch eine echte Landreform sei die beste Grundlage zur Armutsbekämpfung.

Eine Landreform, die den Namen verdient, ist kaum irgendwo realisiert worden. In den Philippinen ist das Agrarreformprogramm CARP immerhin noch aktuell, es will zwar auch keine revolutionäre Landreform, ist aber besser als gar nichts. CARP sieht Enteignung nur mit Entschädigung vor. Nach 10 Jahren sind jetzt 57 % des vorgesehenen Landes verteilt, aber erst seit 1996 geht die Regierung schwierige Fälle an. Es geht nur noch langsam voran, auch weil die Regierung nicht genug Geld für Entschädigungszahlungen hat. Ganz im Sinne des *mainstreams* fordert die Weltbank inzwischen das Ende von CARP und die Einführung einer marktorientierten Landreform mit freiwilligen Ver-

Foto: M.-L. Hardillo

käufern und Käufern. Die Peace Foundation unterstützt die Bauern bei ihrem Kampf um Landreform.

Jenny Franco beschrieb die Gesellschaft und die Akteure auf der Bondoc-Halbinsel. Die philippinische Gesellschaft nennt sie eine Elite-Demokratie mit zentralisiertem Wahlsystem. Auf der Bondoc-Halbinsel herrschen nach wie vor die alten Eliten, der Reyes-Uy-Clan. Das nennt sie eine lokale autoritäre Enklave mit autoritärem Klientismus. Noch 1989 besaßen oder kontrollierten nur 2 % der Bevölkerung 90 % des durch CARP abgedeckten Landes. Bis 1996 gab es keine ernsthafte Opposition gegen den undemokratischen status quo und keine Partner für CARP und BDP. Auch der NPA gelang es nicht, eine revolutionäre Landreform durchzuführen.

Seit 1996 ist eine gewisse Demokratisierung zu beobachten. An der Basis wurde ein besserer Wahlkampf organisiert, so dass bei den letzten Wahlen der Reyes-Sohn trotz Wahlbetrugs nur knapp gewonnen hat. Menschenrechtsverletzungen, die sich v.a. gegen Bauern, die Landreform fordern, richten, werden zunehmend aufgedeckt. Auch die Menschenrechtsorganisation FIAN unterstützt den Kampf der Bauern in Bondoc für die Umsetzung der Landreform.

Im Vorstand des BDP sitzen allerdings immer noch vorwiegend lokale Regierungsvertreter und Landlords, nur zwei der für NGO-Vertreter vorgesehenen Plätze sind besetzt.

## Aus der Sicht der GTZ

Weniger kritisch sehen die Vertreter von BMZ und GTZ die Entwicklung des BDP. Christian Widmann (BMZ, Südostasienreferat) stellte kurz die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik dar, mit den bei der rot-grünen Regierung dazugekommenen Begriffen der globalen Strukturpolitik und Nachhaltigkeit.

In den Philippinen ist die GTZ auf verschiedenen Sektoren tätig: Basisgesundheit und Familienplanung, ländliche Entwicklung, Ressourcen — und Abfallmanagement, Kleingewerbeförderung.. Re-

gional konzentriert sich die Entwicklungshilfe auf den Visayas und das muslimische Mindanao.

Das BDP ist jetzt in der dritten und vorletzten Phase. Finanziert wird das BDP zu 70 % mit deutschen Mitteln, zu 30 % durch philippinische Investoren. Bisher wurden 11,5 Mio. DM ausgegeben, die letzte Phase kostet 4 Mio. DM. Es sei, so hat Widmann nach einem dreitägigem Besuch im Projektgebiet feststellen können, ein recht gutes, multisektorales und komplexes Projekt. Die Kritik am BDP komme wohl daher, dass das Programm zu ambitioniert sei.

Dr. Hans Schönwalder (GTZ) war 13 Jahre in den Philippinen tätig. Er betonte, dass die GTZ mit der Regierung zusammenarbeiten müsse. Die vielfach kritisierten Fragebogenaktion verteidigte er als notwendiges Mittel, mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen und herauszukriegen, wo die dringendsten Probleme liegen. Das Ziel dabei ist, Leute mit ähnlichen Interessen in Peoples Organisations zusammenzubringen, d.h. Basisorganisationen zu bilden und zu stärken. Nur so lässt sich das politische Verhalten der Bevölkerung langfristig ändern. Auch der Local Government Code braucht diese Basisorganisationen, müssen doch 30 % der Vertreter eines Entwicklungsrates aus der Bevölkerung vor Ort kommen. Schönwalder betonte zudem, dass das BDP kein Agrarreform-Projekt sei.

## Aktivitäten des philippinenbüros

Die TeilnehmerInnen des Seminars kamen bei der Abschlussdiskussion zu der Überzeugung, dass das Programm die selbstgesteckten drei Kriterien(s.o.) nicht erreicht habe und nur geringfügige Verbesserungen seit 1995 zu sehen sind. Der Evaluationsbericht der GTZ muss kritisch hinterfragt werden. Die Kritik am Scheitern des BDP ist auch an die philippinische Regierung gerichtet, die einer Entmilitarisierung, Landreform und Demokratisierung auf der Bondoc-Halbinsel entgegenarbeitet. Auch die Konflikte vor Ort zwischen den verschiedenen NGOs dürfen nicht ignoriert werden. Daher beschlossen

die TeilnehmerInnen, dass das Programm weiterhin abzulehnen ist.

Der Vorstand des philippinenbüros hat in einem Brief vom 25. Mai diesen Jahres der Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Wieczorek-Zeul die Kritik des Seminars dargelegt und sie aufgefordert, für eine Beendigung des BDP, zumindest aber für eine Einstellung der deutschen Hilfe zu sorgen.

## Kann man deutsche Hilfe für regionale Entwicklung erwarten?

Diese Frage wurde auf dem Podium von Herrn Harlander (BMZ), Georg Lutz (iz3w) und Wilfried Gebhardt (Asienhaus) diskutiert.

Der Koalitionsvertrag verspricht, die Solidarität mit den Ländern des Südens zu stärken und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Schlagworte sind die globale Zukunftssicherung, die Verbesserung der sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse, die Förderung der Arbeit von NGOs in den Partnerländern, die Neuordnung der Strukturpolitik (GATT, WTO, WB, IWF), die Entschuldung und Armutsbekämpfung und die Stärkung von Frauen als wichtigen Trägerinnen des Entwicklungsprozesses.

Durch politische Beratung und Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Umfelds soll die Bevölkerung im Partnerland eigenständig in die Lage versetzt werden, Grundbedürfnisse zu sichern oder vom Staat einzufordern.

Georg Lutz kritisierte die Politik des BMZ heftig. Die rot-grüne Regierung setze die neoliberale Entwicklungshilfepolitik der letzten Jahre fort, Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Als Beispiele nannte er die Hermesbürgschaften für eine AKW in China, die Aufrüstung Südafrikas und die Förderung der reaktionären Deutschen Stiftung Weltbevölkerung durch das BMZ. So entwickelt das BMZ neue Konzepte mit neuen Begriffen, aber die neuen Parameter wirken sich nicht auf die Projekte aus. Die Bedürfnisse der Menschen werden im Rahmen der Globalisierung einfach nicht befriedigt.